

Das größte Fachmagazin für

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

12 Seiten
Tagesaktuelle Gemeindetags-
& KOMMUNALMESSE-Sonderausgabe

2043 Teilnehmer, zwei Kutscher und ein gelungener Start





Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes tagt. Präsident Helmut Mödlhammer (vorne Mitte) referiert und gibt den Delegierten einen Überblick über die Aktivitäten. Ihm zur Seite Vizepräsident Ernst Schmid und „General“ Robert Hink (links) sowie Vizepräsident Alfred Riedl und (leider verdeckt) der „Hausherr“ des 57. Österreichischen Gemeindetages und Steiermärkische Gemeindebundpräsident Erwin Dirnberger.

Das brennende Thema „Gemeindefinanzen“ dominiert Bundesvorstand

414 Millionen Euro Defizit allein bei Transferleistungen

Erster Fixpunkt jedes Österreichischen Gemeindetages ist die Sitzung des Bundesvorstandes. In den Statuten festgeschrieben, werden hier nicht nur die aktuellsten politischen Stimmungen diskutiert, sondern auch eine Resolution formuliert. Schon in früheren Jahren war das Thema Finanzen vorherrschend, aber selten so dominant wie heuer.

Helmut Mödlhammer stellte gleich zu Beginn fest, dass „an sich die Lage bei den Ertragsanteilen nicht so schlecht ist.“ Nach den jüngsten Zahlen ist es im Bereich des Möglichen, dass die Gemeinden bei den Ertragsanteilen ein leichtes Plus haben, allerdings im Vergleich zu dem sehr niedrigen Niveau 2009. Aber, so schränkte Mödlhammer gleich ein, „immer vorausgesetzt, dass die Wirtschaft nicht einbricht“. In diesem Zusammenhang stellte Mödlhammer kurz die Leh-

ner-Studie vor, jenes Dokument, das diese Woche in Wien präsentiert wurde und großes Aufse-



Keine Angst, die Grundsteuer wird nicht verdoppelt.

Erwin Dirnberger, Alfred Riedl, Helmut Mödlhammer, Robert Hink und Ernst Schmid beruhigen alarmierte Delegierte.

hen erregte. Thema der Studie ist die Darstellung der „Finanziellen Verflechtungen und Transfers zwischen Gemeinden und Bundesländern“. Kernaussage der Studie: 2002 gab es ein Missverhältnis der Transfers zwischen Ländern und Gemeinden zu Lasten der Kommunen. Damals haben die Gemeinden jährlich 63 Millionen Euro mehr an die Länder überwiesen, als sie bekommen haben. Dieser Negativsaldo hat sich zwischen 2002 und 2008 versiebenfacht. Das heißt, dass die Gemeinden 2008 414 Millionen Euro mehr an die Bundesländer beziehungsweise Landesfonds überwiesen haben, als sie bekommen haben. Mödlhammer: „Ein erschreckendes Ergebnis.“ Der zweite Teil der Studie von Prof. Dr. Gerhard Lehner wurde am Donnerstag vorgestellt, sie handelt von den „Finanziellen



Problemen der kleineren Gemeinden“. KOMMUNAL berichtet auf den Folgeseiten und wird in der Oktober-Ausgabe beide Studien sowie die Rückschlüsse daraus ausführlich vorstellen. Für Diskussionen sorgten die anhaltenden Gerüchte über die Grundsteuer, wonach sogar eine Verdoppelung dieser Massensteuer im Raum steht. Hauptargument: „Die Bürger würden ein derartiges ‚über den Kamm scheren‘ nicht verstehen.“ Das Gemeindebund-Präsidium beruhigte mit der Feststellung, dass diese Steuer nicht verdoppelt würde.

Was ebenfalls für Diskussionen sorgte, war die demografische Entwicklung. Nach Erhebungen der Statistik Austria vom August (Bericht darüber ist in der Ausgabe 9A auf den Seiten 15 ff) verlieren manche Regionen – darunter das westlich Kärnten – bis zu 20 Prozent der Unter-20-Jährigen. Ein Umstand, den Kärntens Gemeindebund-Chef Hans Ferlitsch aufs Tapet brachte. Er regte Initiativen an, die dieser Entwicklung gegensteuern sollen. In der Diskussion zeigte sich dann, dass Österreich beileibe kein Einzelfall dieser Tendenz ist. Wie Helmut Mödlhammer berichtete, gibt es in Ländern wie Spanien, Frankreich oder auch der Schweiz bereits Expertengruppen, die berechnen sollen, „ab wann sich ein Siedlungsraum noch rechnet“.

Resolution

Die dramatische wirtschaftliche Situation der österreichischen Gemeinden

Droht den Kommunen Verlust des Handlungsspielraums?

Österreichs Gemeinden haben in den vergangenen Jahren einen maßgeblichen Beitrag zur Stabilität des gesamtstaatlichen Haushaltes erbracht. Bis zum Jahr 2008 konnte der Staat sogar mit Überschüssen der Gemeinden (ohne Wien) rechnen, in den Jahren 2006 und 2007 bewegten sich diese bei rund 200 Millionen Euro, 2008 betrug sie nur mehr 67 Millionen Euro. Die Finanzierungssalden („Maastricht-Salden“) der Gemeindebudgets haben sich in den letzten Jahren somit merklich verschlechtert,

sodass nicht nur das Stabilitätsziel von null Prozent Neuverschuldung nicht mehr eingehalten werden kann, sondern auch immer mehr Gemeinden ihren Haushalt trotz vorsichtiger Budgetierung und Sparsamkeit nicht mehr ausgleichen können. Für die Gemeinden (ohne Wien) brachte das Jahr 2009 nach den vorläufigen Werten ein Defizit in Höhe von rund 440 Millionen Euro. Angesichts der sich immer schneller öffnenden Schere zwi-

►► weiter auf Seite 4

Empfang im „Weitzer“

Willkommen für Gemeindebund-Spitzen: Stelldichein der Kommunalpolitik



Vor der Bundesvorstandssitzung gab es natürlich ein herzliches Willkommen für die Mitglieder der Gemeindebund-Führung. Besonderes Lob gab es für die Abwicklung und Organisation des Gemeindetages, für die der steiermärkische Präsident Präsident Erwin Dirnberger verantwortlich zeichnet. Für die inhaltliche Organisation zeichnet Robert Hink (li.) verantwortlich, der mit seinem Team aus der Wiener Löwelstraße ganze Arbeit leistete. Dementsprechend gelassen sah Helmut Mödlhammer dem Gemeindetag entgegen.

schen Einnahmen und Ausgaben wird den Gemeinden jeglicher finanzieller Handlungsspielraum genommen. Die dringend benötigte positive Entwicklung und Stabilisierung der regionalen Wirtschaft wird von einem Investitionsstopp der Gemeinden ebenso getroffen und zurückgeworfen werden wie der österreichische Arbeitsmarkt. Die österreichischen Gemeinden appellieren daher angesichts der dramatischen Entwicklung an die Bundesregierung und die Bundesländer:

Kommunale Einnahmensituation verbessern: **Die Gemeinden müssen in einem adäquaten Ausmaß an der einnahmenseitigen gesamtstaatlichen Budgetkonsolidierung partizipieren.**

Kommunaler Belastungsstopp: Gemeinden werden laufend mit kostenintensiven Aufgaben belastet. Angesichts der bereits ausgereizten Sparpotenziale kann die freie Finanzspitze vielfach nur mit radikalen Kürzungen kommunaler Leistungen erhal-

Die Bundesregierung und die Länder werden aufgerufen, sich zu einer fairen Lastenverteilung und einem Belastungsstopp für die Gemeinden zu bekennen.

ten werden. In vielen Bereichen der gesetzlich übertragenen Aufgaben ermöglichen die Gesetzgeber allerdings keine Möglichkeiten des Sparens (zum Beispiel Kinderbetreuung, Pflege, Soziales, Transfers). **Die Bundesregierung und die Länder werden daher aufgerufen, sich zu einer fairen Lastenverteilung und einem Belastungsstopp für die Gemeinden zu bekennen.**

Fairness im Stabilitätspakt: Eine ausgewogene Lastenverteilung verlangt auch einen fairen Stabilitätspakt zwischen den Gebietskörperschaften: **Ein neuer Stabilitätspakt darf den Gemeinden nur zumutbare Ziele aufbürden.** Aus gegenwärtiger wirtschaftli-

cher Sicht ist es unumgänglich, dass den Gemeinden (ohne Wien) die Möglichkeit eines Negativ-Saldos in Höhe von 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes BIP eingeräumt wird.

Ausgabenreform durch Aufgabenreform – Gesetzliche Maßnahmen für mögliche Sparpotenziale: Ohne eine Änderung des gesetzlichen Rahmens, der die Gemeinden zu Ausgaben verpflichtet, sind den Gemeinden die Hände zu einer nachhaltigen ausgabenseitigen Stabilisierung ihrer Budgets gebunden. **Das setzt bei der Verwaltungsreform auch Mut zu substanziellen Schritten voraus, insbesondere sollten die Gemeinden von jenen Aufgaben entlastet werden, bei denen das überörtliche Interesse überwiegt – wie zum Beispiel bei der Gesundheit oder der Pflege.**

Nachhaltige Finanzierung der Pflege: **Für eine nachhaltige Pflegefinanzierung muss ein entsprechender Rechtsrahmen geschaffen werden.** Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gemeinden in diesem Bereich mit den größten Kostensteigerungen – im zweistelligen Prozentbereich – zu kämpfen haben.

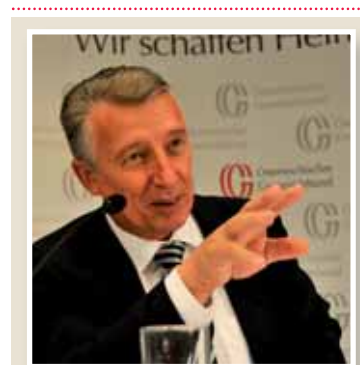
Budgetvoranschläge 2011 hängen in der Luft: Ohne konkrete Vorstellungen über

mögliche budgetstabilisierende Maßnahmen und valide Zahlen auf Einnahmen- wie auf Ausgabenseite wird es für viele Gemeinden nicht möglich sein, für 2011 rechtzeitig ein Budget vorzulegen. **Die Gemeinden müssen als Partner des Stabilitätspaktes in die Entwicklung budgetkonsolidierender Maßnahmen eingebunden werden. Sie appellieren an den Bund und an die Länder, diese Arbeiten gemeinsam umgehend aufzunehmen, um den Gemeinden rechtzeitig ein Mindestmaß an finanzieller Planungssicherheit zu gewährleisten.**

Graz, am 8. September 2010



Grund für die schwierige Lage der Kleinen ist nicht nur die Wirtschaftskrise. Auch die Abwanderung aus ländlichen Regionen und der zeitgleiche Bevölkerungszuwachs in den Ballungsräumen spielen eine wichtige Rolle. Seit 2001 haben die kleinen Gemeinden (mit weniger als 2.500 Einwohnern) rund 33.000 Einwohner verloren, während die Gesamtbevölkerung Österreichs um 300.000 gewachsen ist. Die Bevölkerungsentwicklung ist für die Kleingemeinden von großer Bedeutung, weil sie die Grundlage für die Ertragsanteile des Bundes an die Gemeinden ist. Aus dieser Finanzquelle haben die Kleingemeinden seit 2001 rund 23 Millionen Euro verloren. Durchschnittlich erhält jede dieser Gemeinden jährlich 696 Euro aus den Ertragsanteilen des Bundes. Das sind um 12,5 Prozent weniger als der Durchschnitt aller österreichi-



In der Verwaltung und im Sozialwesen sind die Kleinen unschlagbar!

Bgm. Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes



„Die kleinen Gemeinden sind die Leistungsträger schlechthin.“ Pressekonferenz mit Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und dem Präsidenten des Steiermärkischen Gemeindebundes, Erwin Dirnberger. Links im Bild: Pressesprecher Daniel Kosak.

Studie zur Finanzlage der kleinen Gemeinden

Den Kleinen geht das Geld aus

Die kleinen Gemeinden leiden besonders unter der Ausgabenbelastung. Das zeigt eine Studie, die der Wirtschaftsforscher Prof. Gerhard Lehner im Auftrag des Gemeindebundes erstellt hat.

schen Gemeinden. Der Grund dafür ist der abgestufte Bevölkerungsschlüssel, der größere Kommunen bevorzugt.

Kleine wirtschaften sorgsamer

Dabei wirtschaften – wie die Studie deutlich zeigt – gerade die Kleinen besonders effizient. Mit der Größe steigen auch die Ausgaben der Kommunen pro Einwohner deutlich an. „Die kleinen Gemeinden sind die Leistungsträger schlechthin“, stellte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer deutlich klar. Das zeigt sich etwa in der Verwaltung. Während eine Kleingemeinde im Schnitt 266 Euro jährlich pro Einwohner ausgibt, sind es in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern 610 Euro. Wie sorgsam die Kleinen mit Steuergeld umgehen, zeigt sich besonders deutlich an den Ausgaben im Bereichen „Soziales und Wohnbau“. Große Städte brauchen dafür im Jahr 566 Euro pro Kopf. Die Kleingemeinden kommen mit 158 Euro aus. Mödlhammer führt das darauf zurück, dass in den Landgemeinden viele Sozialleistungen von Freiwilligen erbracht wer-

den, während in den Städten auf Profis zurückgegriffen werden muss. Das gilt vor allem für die Pflege, die auf dem Land vielfach von Angehörigen gemacht wird. Mödlhammers Resümee: „In der Verwaltung und im Sozialwesen sind die Kleinen unschlagbar!“

„Kostenseitig wirtschaften die kleinen Gemeinden effizienter als die großen“, ergänzte der Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, Erwin Dirnberger. „Aber bei den Einnahmen sind sie durch Abwanderung und den abgestuften Bevölkerungsschlüssel gegenüber den Ballungsräumen benachteiligt.“ Diese Benachteiligungen müssten bei den nächsten Verhandlungen zum nächsten Finanzausgleich beseitigt werden. So sollte etwa der Bevölkerungsschlüssel abgeflacht werden.

Werden ganze Bezirke zu riesigen Altersheimen?

Für das Gastgeberland des Gemeindetags zeigte Dirnberger die Folgen des Trends auf. „Wei-

te Teile des Landes werden an Bevölkerung verlieren.“ So werde die Obersteiermark bis 2030 einen Bevölkerungsverlust von acht Prozent zu verzeichnen haben. Allerdings zeigt sich der gesamtösterreichische Trend auch in der Grünen Mark: Der Grazer



Die Abwanderung muss zumindest verlangsamt werden.

Bgm. Erwin Dirnberger, Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes

Ballungsraum wird stark an Einwohnern zunehmen. Dirnbergers Forderung: „Die Abwanderung muss zumindest verlangsamt werden. Sonst werden weite Räume der Steiermark zu einem riesigen Altersheim!“ Vom zuletzt mehrfach geforderten sogenannten dänischen Modell hält der steirische Gemeindebundchef nicht viel. Dort sind die Länder praktisch abgeschafft, und es gibt nur Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern. „Für Österreich würde das bedeuten, dass es keine Bundesländer mehr gibt und dass die heutigen Bezirke zu Gemeinden würden. Wer das möchte, der soll das auch so sagen.“



Volles Haus gab es bei dem Auftritt von Außenminister Michael Spindelegger, der die Delegierten aufrief, in ihren Gemeinden Werbung für die Funktion der Europagemeinderäte zu machen.

Der Außenminister appellierte an die Gemeindevertreter

Spindelegger: Ansprechpartner für Europafragen gesucht

Außenminister Michael Spindelegger stellte am KOMMUNALCORNER seine Initiative „Europagemeinderäte“ vor und lud die Gemeindevertreter ein, sich für dieses Amt zur Verfügung zu stellen.

Was macht ein Außenminister am Gemeindetag? Diese Frage beantwortete der Amtsinhaber gleich zu Beginn seines Vortrages. „Man darf nicht nur nach außen, man muss auch nach innen schauen“, so Spindelegger, der selbst Gemeinderat in seiner Heimatgemeinde Hinterbrühl (NÖ) war.

Dass Herr und Frau Österreicher besonders europaskeptisch sind, ist bekannt. „Dabei sind viele Probleme, auch solche, die auf Gemeindeebene auftauchen, nur auf europäischer Ebene zu lösen“, stellte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer in seinen Einleitungsworten klar.

Spindelegger berichtete von den Erkenntnissen, die er bei seiner „Dialogtour“ durch Österreich gewonnen hat. „Die Bevölke-

rung will vor allem Informationen über Europa und die EU. Aber nicht in Form von Prospekten, sondern die Menschen wollen Fragen stellen können und Antworten bekommen.“

„So wie es Jugend- oder Umweltgemeinderäte gibt, soll es für EU-Themen ebenfalls einen zuständigen Gemeinderat geben“, erläuterte Spindelegger seine Initiative. Die neuen Europagemeinderäte sollen erste Ansprechpartner in den Kommunen sein, wenn Fragen zu Europa auftauchen.

Bereits jetzt gibt es österreichweit 155 Europagemeinderäte. „Sie müssen nicht alle Fragen beantworten können. Wichtiger ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Ansprechperson in der Gemeinde haben, mit der sie über ihre Fragen sprechen kön-

nen“, so der Außenminister. Als Beispiel nannte er etwa die Finanzhilfe für Griechenland, zu der es viele Fragen aus der Bevölkerung gab. „Es ist uns dadurch gelungen, viele Kritikpunkte klar zu stellen.“

Unterstützende Maßnahmen

Das Außenministerium stellt den Europagemeinderäten ein breites Angebot an unterstützenden Maßnahmen zur Verfügung.

- ▶ Unter der Telefonnummer 0501150-3805 erhalten die Europagemeinderäte schnell und unbürokratisch Auskunft.
- ▶ Über ein E-Mail-Kontaktsystem können Fragen gestellt werden. Die Beantwortung erfolgt im Regelfall innerhalb von 24 Stunden. Bereits jetzt wurden hunderte von Fragen beantwortet.
- ▶ Es gibt maßgeschneiderte Seminare zu Europathemen. Derzeit wird vor allem die Zusam-

menarbeit mit den Kommunalakademien intensiviert.

- ▶ Organisierte Reisen nach Brüssel, Strassburg und Luxemburg sollen den Europagemeinderäten die Möglichkeit geben, sich selbst ein Bild von der Arbeit der europäischen Institutionen zu machen.
- ▶ Für Kommunen, die Veranstaltungen zu EU-Themen durchführen wollen, können Fachreferenten organisiert werden.
- ▶ Eine Wanderausstellung für Schulen ermöglicht es den Gemeindevertretern mit den jüngsten Gemeindebürgern in Kontakt zu kommen, um mit ihnen über das Zukunftsthema Europa zu diskutieren.

Interaktiven Prozess starten

Spindelegger betonte, dass man die Europagemeinderäte nicht mit Informationen überschütten möchte. „Wir wollen einen interaktiven Prozess in Gang bringen. Schließlich wollen auch wir mehr darüber erfahren, was die Bürgerinnen und Bürger denken.“ Jedes Jahr soll es ein Treffen aller Europagemeinderäte in Wien geben, bei dem über Erfahrungen diskutiert wird. Spindelegger schloss seine Ausführungen mit einem Appell: „Ich würde mich freuen, wenn wir nach diesem Gemeindetag einen Schwall an neuen Europagemeinderäten begrüßen könnten.“



Gelungener Start der Aktion „KOMMUNAL unterstützt ‚Nachbar in Not.‘“

Außenminister Michael Spindelegger und KOMMUNAL-Chef Michael Zimper spendeten für die Flutopfer in Pakistan.

Jubiläum

Der goldene Hubert Waibel



Fast wäre das besondere Jubiläum des Hubert Waibel im Trubel der Feierlichkeiten untergegangen. Der rüstige Vorarlberger erzählte so nebenbei, dass er das erste Mal 1960 Gast bei einem Gemeindetag war. Damals noch als junger Delegierter seiner Gemeinde. Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer ließ es sich daraufhin nicht nehmen, dem Gemeindebund-Ehrenmitglied Waibel zu gratulieren. Auf 50 Gemeindetage kann sonst kaum jemand zurückblicken. Was der ehemalige Chef des Vorarlberger Gemeindeverbandes trocken mit den Worten quittierte: „Was uns net umbringt, macht uns nur härter.“

Geburtstagskinder

Immer im Dienste der Gemeinden



Drei Geburtstagskinder gab es am 8. und 9. September im Rahmen der Tagung des Bundesvorstandes auch zu feiern: Johann Urschler, Bürgermeister von Großwilfersdorf (li.), Martin Ozimic (2.v.l.) vom Steiermärkischen Gemeindebund und Otto Huslich (2.v.r.), Bürgermeister der Waldviertler Gemeinde Litschau. Hier mit Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer (Mitte) und Steiermarks Erwin Dirnberger (re.).

Der gelernte Fernmeldemonteur Johann Urschler, Jahrgang 1946, lebt seit 1978 in Großwilfersdorf und ist seit 1985 Gemeinderat, seit 1992 Bürgermeister und seit 1995 Gemeindebund-Obmann im Bezirk Fürstenfeld.

Martin Ozimic, Jahrgang 1967, folgte 2007 dem langjährigen Geschäftsführer des Steiermärkischen Gemeindebundes, Klaus Wenger, im Amt nach.

Otto Huslich (1949) ist seit 20 Jahren Gemeinderat und seit 16 Jahren Bürgermeister. Davor war Huslich in vielen Positionen der Stadtgemeinde Litschau tätig.

Schmankerl & Hoppalas

Die „lockeren Zungen“ haben wieder zugeschlagen

Vom Daten-Drang der Journalisten, überarbeiteten Präsidenten und Kräuter-Seitlingen

Eine kleine Runde von Journalisten und Fotografen fand sich rund zwei Stunden vor Beginn des Bundesvorstandes im Hotel Weitzer. Ungeduldig wartete man darauf, dass es endlich begann. Was einen der Delegierten zum Witzeln veranlasste, dass der „Daten-Drang“ ganz schön schlimm sei heute.



Gleich zweimal musste Helmut Mödlhammer vor lauter Lachen Pause machen, als er die Delegierten zum Abendessen im Glockenspielhaus in der Grazer Altstadt lud. Zum ersten Mal, als er der Vorschlag machte, die Damen könnten ja, während die Männer in den Sitzungen seien, mit den Kreditkarten eben der Männer einkaufen gehen. Zum zweiten Mal, als er – quasi als Begründung dieses Vorschlags – meinte, die anwesenden Herren müssten die Damen eben besonders verwöhnen. Worauf eine der Damen wissen wollte, wie das denn genau aussehe, dieses Verwöhnen. Der Rest ging im Gelächter unter.



Kein Gemeindefest ohne „Niederösterreich-Runde“. Nach dem Empfang trafen sich spontan die zahlreich angereisten Delegierten aus Niederösterreich, angeführt von Gemeindebund-Vizepräsident und GVV-Chef Alfred Riedl (rechts hinten), zum gemütlichen Ausklang bei Chardonnay und Weißburgunder. Ort des Geschehens war am Eisernen Tor, früher auch „Ungartor“ genannt und 1860 abgetragen, mitten in Graz. Das Eisernen Tor überstand auch diese Probe.

Rätselraten bei den Nicht-Steirern verursachte die Speisekarte.

„Erdäpfelcremesuppe mit Kräuterseitlingen“ stand da zu lesen. Was das denn sei, wollte einer wissen. Blitzartig bekam er die Auskunft, das seien Schwammerl – und ein anderer ergänzte, das habe aber nicht mit dem Seitinger zu tun.

Anmerkung: Der steirische Agrar-Landesrat Johann Seitinger eröffnete am Donnerstag das Kulinarium.



KOMMUNAL Haus- und Hof-Fotograf Raimund Boltz – eigentlich schon Pensionist – „schwirrte“ wie in seinen besten Tagen zwischen den Tischen herum und machte fleißig Fotos. Was ein paar Bürgermeister zu launigen Bemerkungen veranlasste, wie gut doch so ein Pensionist ausschaue, der den ganzen Tag in der Sonne liege.

Das wiederum nahm ein Vorwitzer zum Anlass, in breitem Oberösterreichisch zu sagen:

„Weilst du leicht so ookämpft ausschaut.“ Der Rest war Lachen.



Arbeiten wir gemeinsam, feiern wir gemeinsam, freuen wir uns auf die kommenden beiden Tage in Graz“, so Mödlhammer.

Der Gemeindebundpräsident wies vor allem auf triste Finanzsituation in den Gemeinden hin, die sich allerdings zu entspannen beginnt – von einem niedrigen Niveau aus. In diesem Zusammenhang konnte er sich auch einen kleinen Seitenhieb auf den Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl nicht verkneifen: „Du beschwerst dich ja immer darüber, wie arm Graz ist – das sehen wir eh, wie ‚arm‘ das blühende Graz ist. Und überhaupt ist ja Graz auch die größte Stadt Österreich, weil Wien ja auch Bundesland ist und deswegen nicht gewertet wird.“

Neben dem vollzählig versammelten Bundesvorstand begrüßte Mödlhammer auch die Gemeindefereferenten Kärntens, Josef Martinz, und Oberösterreichs, Sepp Stockinger, den zweiten Landtagspräsidenten Niederösterreichs, Herbert



Unter der denkmalgeschützten Dachkonstruktion der Halle B der Grazer Messe fand vor 2043 – so die offizielle Zahl – Delegierten aus praktisch allen österreichischen Gemeinden die Eröffnung des 57. Österreichischen Gemeindetages und der KOMMUNALMESSE statt. In seinen Begrüßungsworten legte Helmut Mödlhammer auch gleich die Marschrichtung vor: „Erhaltung der kommunalen Finanzkraft.“ Kleines Bild: Kraft spendeten die Narzissenprinzessen, hier mit Sigi Nagl, Helmut Mödlhammer, LR Johann Seitinger und Erwin Dirnberger.

Eröffnung des 57. Österreichischen Gemeindetags und der KOMMUNALMESSE

Arbeiten wir gemeinsam, feiern wir gemeinsam ...

Sowohl in Mödlhammers Begrüßung wie auch aus den eröffnenden Worten von Erwin Dirnberger und Siegfried Nagl sprach die Sorge um die Zukunft der Gemeinden. Beide Präsidenten sprachen aber auch von der Kraft und dem Pioniergeist der Gemeindemandatäre, die trotz aller Schwierigkeiten „den Kopf nicht hängen lassen“.

Nowohradsky, sowie Bundesratspräsident Martin Preiner. Dies nur ein Auszug der Festgäs-

te. Stellvertretend für die Ehrenmitglieder des Gemeindebundes seien an dieser Stelle der Doyen

der österreichischen Kommunalpolitik, Ferdinand Reiter und Hermann Kröll, ehemals Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, genannt. Nach Mödlhammer begrüßten noch Erwin Dirnberger und Sigi Nagl die Gäste. Auch ihre Beiträge befassten sich mit der Finanzlage der Gemeinden, und damit, dass eine machtvolle Zusammenarbeit wie der Gemeindetag die beste Gelegenheit sei, die „Köpfe nicht hängen zu lassen“.



Gemeinebund-Präsident Helmut Mödlhammer begrüßt Herbert Dragovits von der Ausstellerfirma Arche Noah, die Fertigteilkinder-gärten in ökologischer Massivholz-Bauweise und Modulform anbietet.



Die „Nachbar in Not“-Spendenbox begann sich schnell zu füllen. Der 1. Vizepräsident des Gemeindebundes, Alfred Riedl, KOMMUNAL-Chef Michael Zimper und der 2. Vizepräsident des Gemeindebundes, Ernst Schmid, freuten sich zudem über T-Shirts mit der Aufschrift „Wunderwuzzi“.



KOMMUNAL-Chef Michael Zimper, Bundesratspräsident Martin Preiner, Alfred Riedl und Helmut Mödlhammer informieren sich über die digitalen Möglichkeiten im Gemeinwesen. Besonders für die Bürger sei E-Government eine gute Möglichkeit.



Helmut Mödlhammer holt sich bei Dr. Harald Proidl von der E-Control Auskunft über Energiesparmöglichkeiten.



Gemeinebund-Generalsekretär Robert Hink, Alfred Riedl und Stefano Massera von der Erste Bank, an deren Stand Finanzierungsmöglichkeiten für Gemeinden genauer betrachtet werden können.



Ernst Schmid, Helmut Mödlhammer, der Vorstandssprecher der E-Werke Wels, Mag. Erich Rondonell, und Robert Hink genießen nach der Begrüßung in bayrischer Manier Weißwürste und ein Glas Bier. Viele der Aussteller haben Spezialitäten für ihre Besucher!



Am Stand der Familie und Beruf Management GmbH trafen die Audit-Verantwortliche des Gemeindebundes, Anna Nödl-Ellenbogen, Helmut Mödlhammer und Heike Trammer zusammen. Sichtlich gut gelaunt begannen sie den Gemeindetag und die KOMMUNALMESSE. Rechts: Michael Schaller von der Agentur für Nachhaltigkeit und Ines Gheradini von der FBG.



Ebenfalls in bester Stimmung testete Helmut Mödlhammer ein Post-Auto, Ernst Schmid und Post-Vorstandsprecher Herbert Götz waren sprachlos.



Eveline Fichtl von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten im Gespräch mit Helmut Mödlhammer.



Ing. Stefan Leeder, Ernst Schmid, Helmut Mödlhammer und Gbm. Andau Matthias Gelbmann überzeugten sich von der innovativen Urnenlösung der Firma Grabkult. Platzsparend und edel präsentierten sie sich auch auf der Kommunalmesse.



Bernadette Geisler von der Gemeinde Mayrhofen im Zillertal wurde von Helmut Mödlhammer besonders freundlich begrüßt.



Helmut Mödlhammer und Clemens Selmer von der Firma Selmer Objekteinrichtungen. Selmer wollte die Messe-Sitzbank gleich zum Spezialpreis anbieten, Mödlhammer war jedoch nicht zum Einkaufen unterwegs.



Martin Preineder und Helmut Mödlhammer in einem Elektrofahrzeug der Firma GreenCart. Geschäftsführer Ernst Kiefhaber erklärte die Vorteile und technischen Details dieser Spezialfahrzeuge.



Helmut Mödlhammer begrüßt Freunde aus unserem Nachbarland. Vorstandsmitglied des Tschechischen Gemeindebundes Alenka Antosova, Vizepräsident des Tschechischen Gemeindebundes Josef Benzdick und Jurist Petr Schlesinger.



DI Andrea Paschinger, DI Wolfgang Paschinger und DI Thomas Hoppe von der Arge Kindergartenoffensive „kigago!“ präsentieren ihre neuen Lösungen für Kindergärten.



Wem die Stunde schlägt. Robert Eisschiel (Akustik Linz), Günter Resl (Mattig Schauer) und Gregor Netzthaler (Schauer & Sachs).



Wenn alle Brunnen fließen. Florian Firtik und Michale Gager von Drizoro.